

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 Vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beizeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.
 Agenturen in Deutschland: In allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
 G. L. Daube, Invalidendank, Berlin. Bernh. Arndt, Max
 Giesemann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Hies.
 Halle a. S. Jul. Barck & Co., Hamburg Joh. Nothmann, A.
 Seiner, Wilhelm Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-
 furt a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 30. Januar. Dem Kaiser ist aus
 Anlaß seines 25jährigen Militärdienstes von dem
 Prinzen Friedrich Leopold im Namen des Offiziers-
 corps des Regiments der Garde zu Fuß ein
 Palas als Erinnerungsgabe überreicht worden.
 Die Waise ist, wie die „Post“ mitteilt, nach den
 Angaben des Kommandeurs des Regiments,
 Prinzen Friedrich Leopold, entworfen und in sehr
 starker Vergoldung ausgeführt. Die Klinge ist
 aus echt türkischem Damaststahl geschmiedet und
 mit der edelsten Inschrift versehen: „Dem aller-
 höchsten Chef. Das Regiment Garde zu Fuß am
 27. Januar 1894.“ Auf der Rückseite der Klinge
 befinden sich sämtliche Namen der aktiven und in-
 aktiven Offiziere des Regiments. Die Schrift-
 zeichen sind goldschwarz auf der Klinge in
 einer majestätischen silbernen Scheibe. Das Ganze
 ruht in einer kunstvoll gearbeiteten ausgeführten
 Etui.

— Nachträglich erzählt die „Nat.-Ztg. Köln“,
 daß der Kaiser am Freitag auf seinem Spazierritt
 den früheren Abgeordneten Ulrich von Diez-
 barth, einen Verehrer des Fürsten Bismarck,
 unter den Zuschauenden wahrgenommen, ihm vom
 Pferd herab die Hand gereicht und seine hohe Be-
 zürung ausgesprochen hat, ihn gerade an diesem
 denkwürdigen Tag begrüßen zu können.

— Beim Festessen beim Reichstagskanzler am
 Sonnabend ereignete sich insofern ein ungewöh-
 nlicher Zwischenfall, als, nachdem der Doyen der
 Botschafter, Sir Edward Malet, das Koch auf
 dem Kaiser ausgebracht und Graf Caprivi mit
 einem Hoch auf die Herrscher und Präsidenten der
 bei der Festtafel vertretenen Staaten erwidert
 hatte, der russische Botschafter Graf Schadow
 mit warmen Worten einen Trinkspruch auf den
 Grafen Caprivi ausbrachte, der lebhaftesten Beifall
 fand. Da bei diesen amtlichen Essen in der
 Regel nur die beiden ersten Trinksprüche ausge-
 bracht werden, so wurde dieses Hoch von den an-
 wesenden Diplomaten besonders beifolgend, zumal
 es gerade aus russischer Munde kam. Unter den
 Gästen glaubte man sich eines einzigen Vorganges
 ähnlicher Art zu entsinnen beim 25jährigen Mini-
 sterpräsidenten-Jubiläum des Fürsten Bismarck im
 Jahre 1877, wo der damalige österreichische Bot-
 schafter Graf Seckendorff einen dritten Trinkspruch
 dem Fürsten gewidmet hatte.

— Die Zahl der Inhaber von Oberpost-
 chargen ist durch die zum Geburtstag des Kaisers
 erfolgten Ernennungen auf die noch nicht erreichte
 Zahl von 10 gestiegen. Graf Louis v. Perponcher-
 Sebnitz, der zum Ober-Schloßhauptmann ernan-
 net worden ist, ist der jüngste Bruder des 1893
 verstorbenen Ober-Schloßhauptmanns Grafen Wil-
 helm v. Perponcher. Er trat seit 1865 im Hof-
 dienst, zunächst war er Kammerherr, wurde dann
 Zeremonienmeister, rückte Mitte der 70er Jahre
 zum ersten diensttuenden Zeremonienmeister auf
 und blieb in dieser Stellung bis 1885; dann wurde
 er Vize-Ober-Schloßhauptmann. Im aktiven Mi-
 litärdienst hat er nicht gestanden; er war zuletzt
 Mittelmeister bei der Garde-Landwehr-Kavallerie.
 Der bisherige Vize-Ober-Schloßhauptmann Adolf
 le Camus Graf v. Fürstenstein, der die Würde
 eines Oberpostchargen erhalten hat, steht bereits im
 76. Lebensjahre. Er wurde 1853 zum Kammer-
 herrn ernannt, hat aber als solcher zunächst keine
 Dienste, sondern übernahm das Landratsamt in
 seinem Heimatort Rothenburg N. 1860
 wurde er zur Dienstleistung bei der Kronprinzessin
 Victoria kommandiert; Anfang der 70er Jahre
 wurde er Zeremonienmeister und 1886 rückte er
 in die Vize-Oberpostchargen ein. Er lebt in Ulster-
 dorf in der Oberlausitz und ist Vize-Oberpost-
 mann und Vize-Oberpostchargen. Der Kom-
 munalanwalts der preussischen Oberlausitz. Auch
 er hat im aktiven Dienst nicht gestanden, ist aber
 seit 1841 Vize-Oberpostchargen-Offizier und wird
 noch heute als Major beim Landwehr-Regiment
 in Stettin geführt. Graf Gerhard v. Dinhoff, der zum
 Ober-Schloßhauptmann ernannt worden ist, ist 60
 Jahre alt. Er diente zunächst beim Garde-
 Jäger-Regiment, schied Anfang der 60er Jahre aus
 dem aktiven Dienst und wurde 1865 diensttuender
 Kammerherr beim Prinzen Karl, der ihn bald
 darauf zu seinem Hofmarschall ernannte. Nach
 dem Tode des Prinzen wurde er Schloßhaupt-
 mann von Königsberg und erhielt 1876 die Charge
 eines Vize-Ober-Schloßhauptmanns. Die Kriege
 gegen Dänemark und Frankreich hat er mit Aus-
 zeichnung mitgemacht und ist zur Zeit Major a. D.

— Das Subkomitee für das Bismarck-Denk-
 mal hat gestern den in Aussicht genommenen
 Platz am neuen Reichstagsgebäude unter Zuzie-
 hung von Sachverständigen, namentlich des Bau-
 meisters Wallat, einer Besichtigung unterzogen.
 Es soll jetzt ein Modell angefertigt und dann in
 allerhöchster Zeit die Subkommission sowie der
 Sammlungskommission zur weiteren Beschlußfassung
 herangezogen werden.

— Der 1. September 1895 ist als Ein-
 weihungstag der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche
 in Aussicht genommen. Um diesen Tag festzu-
 halten, ist es notwendig, daß bis zum Mai d. J.
 alle großen Feststellungen, namentlich diejenigen für
 die künftige innere Einrichtung gemacht werden.
 Dazu muß bis dahin das speziell für Berlin ein-
 gesetzte Komitee sich Gewißheit verschaffen, über
 welche Mittel es annähernd wird verfügen können.
 Zwei Millionen sind vorhanden und je nach der
 Schönheit und dem Umfang der inneren Aus-
 stattung werden die Gesamtausgaben über zwei-
 halb bis drei Millionen betragen.

Schon beim Beginn des Baues vor drei
 Jahren hatten wiederholt mit verschiedenen Ver-
 tretern von Berlin über eine etwaige Beteiligung
 der Stadt verhandelt. Erweiterungen stützten,
 welche wohlwollend entgegengenommen wurden, um
 so mehr, als von der Stadt bereits eine Kom-
 mission eingesetzt worden war, welche die Vor-
 arbeiten zu einem großen, dem Kaiser zu erri-
 chenden Denkmal begonnen hatte. Dadurch, daß
 das Reich das Denkmal übernahm, mußte die
 Stadt von ihrem Plane zurücktreten, und so bot
 sich ihr in dem Bau der Kaiser-Wilhelm-Gedäch-
 tiskirche eine gute, ja vielleicht die einzige
 Gelegenheit, ihre Gefinnung für den alten
 Kaiser zu betätigen. Dem Bau-Komitee wurde
 damals gratuliert, mit etwaigen Anträgen so lange
 zu warten, bis der Bau soweit vorgeschritten sei,
 daß er durch seine großartige und monumentale
 Wirkung das allgemeine Interesse und die Freude
 zu seiner Bestimmung anregt. Der gewaltige
 Berlin weit überragende Hauptthurm mit seinen
 fünf großen, 300 Meter hohen Thürmen, welche
 die Giebel der Gedächtniskirche, bestimmt zur

Aufnahme allegorischer Darstellungen in Bronze-
 Reliefs, bilden recht eigentlich ein passendes und
 doch eigenartiges, impetantes Denkmal für den
 großen Kaiser, und ermöglichen es Jedem, ohne
 Unterschied der Partei und der Konfession, dazu
 beizutragen. Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen,
 wo das Komitee seine endgültigen Bestimmungen
 treffen und deshalb wissen muß, ob es auf eine
 Währungsfrage der Stadt rechnen kann oder nicht.
 Es finden darüber zu gegenseitiger Information zahl-
 reiche Besprechungen statt, um das, was am besten
 geeignet ist, in wohlwollendem Einvernehmen zu
 regeln.

Der Zeitpunkt zu diesen Unterhandlungen ist
 aus vielen Gründen kein günstiger und er wäre
 nicht gewählt worden, wenn das Komitee nicht
 bis zum Mai über die wichtigsten Geldfragen ent-
 scheiden müßte. Eine Verzögerung des Baues
 würde gewaltige Mehrkosten erfordern, ohne die
 Sicherheit einer späteren günstigen Lösung zu
 geben. Es ist über jeden Zweifel erhaben, daß
 auch unsere städtischen Körperschaften, wie dies in
 fast allen Städten des Reiches geschehen ist, der
 Liebe und Verehrung für den alten Kaiser in einem
 großartigen äußeren Zeichen Ausdruck zu verleihen
 bereit sind, und dies gibt Vielen die Hoffnung,
 daß sich die Bedenken, welche auf anderen Gebieten
 liegen, werden überwinden lassen. Die bedeutenden
 in Berlin und Charlottenburg gespendeten Summen,
 zu welchen auf alle Fälle noch wenigstens 1/2 Mil-
 lionen gesammelt werden muß, die Art der Aus-
 stattung des Baues beweisen zur Genüge, daß
 es sich hier nicht um die Errichtung einer ge-
 wöhnlichen Kirche und die Befestigung eines kirch-
 lichen Ansehens handelt, sondern um ein Denk-
 mal ersten Ranges, welches späteren Jahrhunderten
 den Ruhm des alten Kaisers und die Liebe seiner
 Berliner zu ihm verleiht, sowie eine der größten
 Zierden der an schönen Bauten armen Reichs-
 hauptstadt bilden soll.

So sind trotz mancher entgegenstehenden
 Gründen doch auch Gründe genug vorhanden,
 welche für die Beteiligung der Stadt an diesem
 Denkmal sprechen, ganz davon abgesehen, daß eine
 solche Beteiligung der mit großen Verpflichtungen
 beladenen Stadt verhältnismäßig geringe Opfer
 auferlegen, und daß vielen Künstlern und Hün-
 derten von Handwerkern und Arbeitern ein erwün-
 schter Verdienst geschafft würde. Das Schöne aber
 ist, daß schon nach einem Menschenalter einzig
 Verbliebene wäre, wenn sich bei diesem herrlichen
 Denkmal die Stadt ihren zahlreichen Bürgern,
 welche schon so viele Spenden dargebracht haben
 und noch bringen wollen, anschließen würde.

— Die Kommission für die zweite Fassung
 des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für
 das deutsche Reich setzte in den Sitzungen vom
 22. bis 24. Januar die Beratung der Vor-
 schriften über die allgemeine Gütergemeinschaft
 (§§ 1341 bis 1409) fort.

Auf Antrag eines Mitgliedes wurde zunächst
 die Beratung eines im Anschluß an die Vor-
 schriften der §§ 1377 bis 1379 über die Aus-
 einanderlegung des Gesamtguts gestellt, in
 der vorigen Sitzung aber abgelehnten Antrages
 wieder aufgenommen, wonach, wenn das Ge-
 samtgut geteilt, ohne daß vorher die Gesamt-
 gutsverbindlichkeiten beseitigt worden sind, jeder
 Ehegatte für die unberichtigten Verbindlichkeiten,
 nicht in seiner Person entstandenen Gesamtgutsverbin-
 dlichkeiten, den Gesamtgutsgegläubigern persönlich
 haften solle, jedoch unter Befristung der Haf-
 tung auf die ihm zugehörigen Gegenstände. Das
 Ergebnis der Wiederanfrage der Beratung war
 die Annahme des Antrages. Von einer Seite war
 bestritten, die Vorschrift nur auf solche Ge-
 samtgutsverbindlichkeiten Anwendung finden zu
 lassen, die im Verhältnis der Ehegatten zu ein-
 ander dem Gesamtgut zur Last fallen; dieser
 Anregung wurde indessen keine Folge gegeben.
 Vorbehalten blieb, nach der Beratung des Er-
 trages auf die Frage zurückzukommen, ob der Ehe-
 gatte nur mit den ihm zugehörigen Gegenständen
 oder bis zu dem Wert der selben mit seinem
 ganzen Vermögen haften solle. Die Vorschriften
 der §§ 1380, welche die Haftung für solche Ge-
 samtgutsverbindlichkeiten, die bei der Aus-
 einanderlegung unberichtigt geblieben sind, im
 Verhältnis der Ehegatten zu einander regeln,
 gelangten sachlich nach dem Entwurf zur An-
 nahme. Der § 1381 bestimmt, welcher Güter-
 stand unter den Ehegatten eintritt, wenn die
 Gütergemeinschaft durch Ehevertrag oder durch
 Urteil aufgelöst worden ist. Im ersten Fall
 soll, sofern nicht der Vertrag ein anderes bestimmt,
 der Güterstand der Verwaltung und Nutznießung,
 im letzteren Falle Gütertrennung nach Maßgabe
 §§ 1339, 1340 eintreten, sofern nicht die Frau
 verlangt hat, und demgemäß in dem Urteil be-
 stimmt ist, daß der Güterstand der Verwaltung
 und Nutznießung eintrete. Statt dieser Vor-
 schriften wurde beschlossen, daß in dem einen wie
 in dem anderen Falle Gütertrennung eintreten
 solle; in dem Falle der Auflösung der Güter-
 gemeinschaft durch Ehevertrag jedoch nur dann,
 wenn ein anderer Güterstand in dem Vertrage
 nicht bestimmt worden ist. Die Beratung
 wendete sich sodann den Vorschriften über die
 gütergemeinschaftliche Erbfolge (§§ 1382 bis
 1409) zu. Der Entwurf geht davon aus, daß
 wenn die Ehe durch den Tod eines der Ehegatten
 aufgelöst wird, der Anteil des verstorbenen Ehe-
 gatten an dem Gesamtgut zum Nachlaß dieses
 Ehegatten gehört (§ 1382). Ist also ein ge-
 meinschaftlicher Abkömmling nicht vorhanden,
 so regelt sich zufolge § 1383 Abs. 1 des Entwurfs
 die Erbfolge in den Nachlaß des verstorbenen
 Ehegatten nach den allgemeinen erbrechtlichen
 Vorschriften. Hat aber der verstorbenen Ehegatte
 einen gemeinschaftlichen Abkömmling hinterlassen,
 so soll nach näherer Bestimmung der §§ 1384 ff.
 fortgesetzte Gütergemeinschaft zwischen den über-
 lebenden Ehegatten und den gemeinschaftlichen
 Abkömmlingen eintreten. Demgegenüber war von
 einer Seite beantragt: für den Fall der unbe-
 richtigten Ehe den überlebenden Ehegatten als den
 alleinigen Erben des verstorbenen Ehegatten zu
 berufen; wenn aber der letztere einen nicht be-
 rchtigten gemeinschaftlichen Abkömmling hinter-
 lassen habe, die Erbfolge nach den allgemeinen
 erbrechtlichen Bestimmungen eintreten zu lassen.
 Nach einem anderen Antrage sollte, wenn der
 verstorbenen Ehegatte einen Abkömmling nicht
 hinterlassen hat, der überlebende Ehegatte an den
 Antheilen der Miterben am Gesamtgut den
 Nießbrauch erhalten. Beide Anträge gingen da-
 hin aus, daß den Eltern des verstorbenen Ehe-
 gatten das Vorkaufsrecht nach Maßgabe der
 allgemeinen erbrechtlichen Bestimmungen vor-
 behalten bleiben solle. Nach einer eingehenden

Erörterung entschied sich die Mehrheit unter Ab-
 lehnung beider Anträge für den Standpunkt des
 Entwurfs. Auch in so weit fand der Entwurf
 Zustimmung, als er im Falle beider Ehe fort-
 gesetzte Gütergemeinschaft eintreten läßt, sofern diese
 nicht durch Ehevertrag ausgeschlossen ist. Ein An-
 trag, daß fortgesetzte Gütergemeinschaft nur dann
 stattfinden solle, wenn dies durch Ehevertrag ver-
 einbart sei, wurde abgelehnt.

Danzig, 28. Januar. Der als erstes Schiff
 auf der Fähr der Schiffschiffahrt hierher
 erbaute Kreuzer 3. Klasse „Gefion“, der mit
 seinem 4109 Tonnen Displacement und seiner
 Maschinenstärke von 9000 indizierten Pferdekraften
 das bei weitem größte Fahrzeug dieser Schiff-
 klasse darstellt, ist jetzt mit seinem Ausbau so
 weit vollendet, daß das Schiff im Laufe dieser
 Woche in das große Schwimmdock der Kaiserlichen
 Werft gelegt werden wird, um die Schrauben-
 fähigkeit einzuprobieren und den äußeren Schiffkörper
 gleichzeitig bei dieser Arbeit zu reinigen. Wie
 verlautet, wird bereits in den ersten Frühjahr-
 monaten das Ueberführungs-Kommando von
 Wilhelmshafen in Danzig eintreffen, um die
 „Gefion“ zu ihren Probefahrten in Dienst zu
 stellen, die teilweise in der Danziger Bucht, theil-
 weise in den Kieler Gewässern abgehalten werden
 sollen. Obgleich die „Gefion“ ein etwa 300 Ton-
 nen kleineres Displacement als die Kreuzer 2.
 Klasse „Irene“ und „Prinzess Wilhelm“ hat, ist
 die Leistungsfähigkeit ihrer Maschinen dennoch um
 1000 Pferdekraften derjenigen der vorgenannten
 Schiffe überlegen. Man hofft, daß die „Gefion“
 sich als am schnellsten laufende Kreuzer der
 Flotte erweisen wird.

Strasburg i. El., 29. Januar. Heute
 Nachmittag 3 Uhr wurde der Landesausschuß
 durch den Statthalter Fürsten zu Hohenlohe mit
 einer Ansprache eröffnet, in welcher es heißt,
 die Finanzlage des Landes sei durch die ungünstige
 Gestaltung der finanziellen Beziehungen der Ein-
 wohner zum Reich beeinträchtigt. Das letzte Etats-
 jahr habe noch einen beträchtlichen Ueberschuß er-
 geben, das laufende werde einen solchen voran-
 sichtlich nicht mehr aufweisen. In Folge der Er-
 höhung der Militärbeiträge und des Rück-
 ganges der Ueberweisungen vom Reich werde in
 dem Entwurf des nächsten Etats eine beträchtliche
 Erhöhung der Militärbeiträge für den Fall
 vorgezogen, daß die Reichsfinanzreform die für den
 Vordruck erforderlichen Mittel nicht schaffen
 sollte. Es erhebe daher die Notwendigkeit, sich auf
 die Ausgaben für bereits bewilligte Unterneh-
 mungen zu beschränken und neue nur in möglichem
 Umfange vorzunehmen. Eine weitere, besonders
 wichtige Vorlage bilde der Entwurf einer Ge-
 meindeordnung. Wie der frühere, sei auch dieser
 bestimmt, eine größere Dezentralisation in der
 Richtung auf Selbstverwaltung herbeizuführen.
 Der Gemeinde solle größere Bewegungsfreiheit
 und dasjenige Maß von Selbstständigkeit über-
 tragen werden, das mit dem staatlichen Gedanken
 vereinbar sei. Den bei der Beratung des frühe-
 ren Entwurfs einer Gemeindeordnung im Landes-
 ausschusse hervorgetretenen Wünschen trage der
 Entwurf thunlichst Rechnung. Der Statthalter
 sprach die Hoffnung aus, daß die Beratungen die
 Gesetzentwürfe derart fördern würden, daß dem
 Lande die im Interesse desselben liegenden Reformen
 zu Theil würden. Die Regierung sei in Ge-
 meinschaft mit den Gemeinden und landwirth-
 schaftlichen Vereinen befreit, durch
 Deffnung von Wäldern und Bereitstellung von
 Mitteln der Streu- und Futternot abzuheben.
 Der Statthalter schloß mit einem dreimaligen
 Hoch auf Se. Majestät den Kaiser. Bei der dar-
 auf vorgenommenen Präsidentenwahl wurden
 Dr. Schlumberger zum Präsidenten, Jaumez und
 Dr. v. Schenberger zu Vizepräsidenten wieder-
 gewählt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. Januar. Der Politischen Kor-
 respondenz wird aus Rom gemeldet:

Der Ministerrat wird in dieser Woche die
 Prüfung der Finanzvorläge des Finanz-
 ministers Sonnino in Angriff nehmen. Ueber
 die Beratungen soll das strengste Geheimnis be-
 wahrt werden.

Wien, 29. Januar. Bei der heute Nach-
 mittag hier abgehaltenen allgemeinen Versammlung
 der Schneider kam es zu tumultuariösen Szenen,
 die in Schlägereien zwischen Christlich-Sozialen
 und unabhängigen Sozialdemokraten ausarteten.
 Die Versammlung wurde in Folge dessen behörd-
 lich aufgelöst.

Belgien.

Brüssel, 27. Januar. Die Arabergefahr im
 Kongo-Kaate scheint doch nicht so vollständig be-
 seitigt zu sein, wie man nach den früheren Mel-
 dungen über die von den belgischen Offizieren
 rasch hintereinander errungenen, glänzenden Sie-
 gege alle leicht anzunehmen geneigt war. Was
 man bis jetzt in gutunterrichteten Kreisen — die
 Kongoregierung selbst hält sich noch immer in be-
 harrlicher Enthaltsamkeit — über die Schlacht bei
 Kassongo und deren Folgen erfahren konnte, das
 berechtigt im Gegenstand zu der Versicherung, daß
 die Lage am oberen Kongo neuerdings eine recht
 bedenkliche geworden ist. Kassongo war früher die
 Haupt-Quartiermutter und der Aktionsmittelpunkt
 Tippu-Tips, der nach seiner Ueberlieferung
 nach Kassongo durch seinen Sohn Sulu und seinen
 Neffen Radho dorthin vertreten wurde. Am
 22. April v. J. eroberte Major v. Dhanis mit
 von Sulu vertheidigte und starkbesetzte Kassongo.
 Von Dhanis im Süden, von Pontier im Norden
 bedrängt, zogen sich Sulu, Radho und Kiboré
 nach dem Reste ihrer Truppen nach Urundi am
 nordwestlichen Ende des Tanganika-Sees zurück,
 woselbst sich gegen Mitte August der in Udschaf-
 haufende Araberhändler Numalza, ein ehemali-
 ger Untergeher Tippu-Tips, mit irischen Streit-
 kräften und 300 Gewehren zu ihnen gesellte und
 den Marsch nach Kassongo ins Werk setzte.
 Wahrscheinlich wurde Gongo Lutete, der Bundes-
 genosse des Kongo-Kaates, durch Numalza von dem
 beabsichtigten Angriff gegen Kassongo benachrichtigt
 und durch Versprechungen und Drohungen als
 Verräther gewonnen. Major v. Dhanis und
 Pontier befaßen sich mit ihren Expeditionen
 gerade in Kibabab, als sie von dem Marsche
 der Araber gegen Kassongo Nachricht erhielten.
 Ohne zu zögern, marschierten die beiden Offiziere,
 begleitet von dem zum Verrath entschlossenen
 Gongo Lutete und dessen Leuten, den Arabern ent-
 gegen und stießen einige Stunden hinter Kassongo
 mit denselben zusammen. Kaum hatte der
 Kampf begonnen, als die im zweiten Treffen

aufgestellten Leute Gongo Lutete die etwa
 sechshundert Mann starke Truppe des Kongo-
 Kaates im Rücken angriffen. Hauptmann
 Pontier und, wie behauptet wird, auch Major
 Dhanis fielen unter den verrätherischen Kugeln,
 und die hilflose, dezimierte Truppe wurde sich
 in wilde Flucht aufgelöst, wenn nicht der die
 Nachhut befehligende Lieutenant Scheirlind den
 Verräther Gongo Lutete über den Haufen ge-
 schmeißt hätte. Die Expeditionstruppen gesammelt und
 in zierlicher Ordnung nach Kassongo zurückgeführt
 hätte. Ueber das weitere Schicksal der Truppe ist
 bis jetzt noch nichts bekannt geworden. Sollte
 aber die vorstehende, von gut unterrichteten Kreisen
 gegebene Darstellung der Schlacht bei Kassongo
 sich bestätigen, dann wäre Grund genug zu schät-
 tigen Befürchtungen vorhanden, denn es ist mehr
 als zweifelhaft, ob die durch den Verrath Gongo
 Lutete und durch den Tod ihrer beiden Führer
 jedenfalls moralisch sehr beeinträchtigten Truppen des
 Kongo-Kaates im Stande waren, sich bis zur An-
 kunft von Verstärkungen in Kassongo gegen die
 arabische Uebermacht zu behaupten. Major von
 Dhanis würde, wenn die Nachricht von seinem
 Tode sich als zutreffend erweist, niemals davon
 erfahren haben, daß er in Anerkennung seiner
 hohen Verdienste vom König Leopold zum Baron
 ernannt wurde. Die Verwirklichung des bezüg-
 lichen königlichen Erlasses erfolgte erst am 10. No-
 vember 1893, 20 Tage nach der unglücklichen
 Schlacht bei Kassongo.

Der Universitätsrektor Denis hat endlich den
 falschen Standpunkt, den er in dem Universitäts-
 konflikt einnahm, erkannt und hat gestern sein
 Amt als Rektor niedergelegt. Die unmittelbare
 Veranlassung zu diesem Schritte gab der Umstand,
 daß der Professor Vandenberghe im Auftrage des
 Ausschusses und trotz des Protestes des Rektors an
 die Alim der 150 mit Delegation bedrohten
 Studenten (darunter auch zwei Söhne von Hector
 Denis) die schriftliche Aufforderung gerichtet hat,
 auf ihre Söhne einzuwirken, damit dieselben durch
 Zurücknahme ihrer Unterschrift vom dem beleidigen-
 den Briefe an den Ausschuss sich der ange-
 drohten Strafe entziehen. Die Professoren Croca
 und Degrez, die sich an die Spitze der unzu-
 lässigen Studenten gestellt hatten, wurden von den
 Ausschussmitgliedern, um sich deshalb zu verant-
 worten. Da die große Mehrheit der Studenten
 sich noch immer weigert, ihre Unterschrift zurück-
 zuziehen, wird dem Ausschusse nichts übrig
 bleiben, als seine Drohung wahr zu machen und
 mehr als 100 Studenten zu relegieren. Eine An-
 zahl dieser Leute, Rechtsanwälte, Ingenieure
 u. s. w. sowie einige Universitätsprofessoren haben
 für diesen Fall bereits Ansuchen getrieben, um für
 die relegierten Studenten außerhalb der Universität
 Vorlesungen zu halten.

Frankreich.

Die französischen Sozialdemokraten haben
 am Sonnabend in der Deputiertenkammer eine
 Gewaltsame Debatte, wie sie, bis auf das Fehlen
 der obligaten Sprengbombe, den wildesten
 Anarchisten nicht besser hätte ausfallen können.
 Sie bilden zwar nur ein im Verhältnis
 zu der Gesamtzahl der Volksvertreter ver-
 schwindend kleines Häuflein von etlichen vierzig
 Mann, suchen aber, was ihnen an Zahl und
 ihren Gründen an Vernunft abgeht, durch um
 größere Frechheit des Betrages einzubringen.
 Das Charakteristische des Sonnabendzwischenfalls
 bestand in der ausgeprochenen Absicht, womit der
 Kommunist Thivrier dem durchsichtigen sachlich
 argumentierenden Redner Chaudey ins Wort fiel,
 in der böshen Verherrlichung der Kommune-
 gräuel, die Thivrier und seine Spießgesellen durch
 ihre dem Andenken jener Karrier Blut- und
 Schweißepisode des Jahres 1871 gewidmeten
 Huldrede der Kammer entgegengehielten, endlich
 in dem wilden Trotz, der erst vor den Bajonetten
 der requirierten Militärvache des Palais Bourbon
 zu Kreuze kroch. Sonst brüht sich der Sozialis-
 mus in Frankreich und anderswo immer mit
 seinem Kultus der Majorität, im Gegensatz zu
 dem von ihm ausdrücklich verworfenen „Reak-
 tionären Autoritätsprinzip“. Der Fall
 Thivrier beweist, wie es auch in diesem Punkte
 auf die Konsequenz und Prinzipienreue der Un-
 terschiede besteht. „Die Mehrheit absolut,
 wenn sie unsern Willen thut.“ Thut sie den
 nicht, dann ist mit einem Mal von der sozialde-
 mokratischen Hochachtung des Willens der Mehr-
 heit keine Rede mehr und nur das Ansehen des
 Militärs hält den Geist des Aufwuhrs noch in
 Zucht und Banden. Angerufen ist die letzte
 Entscheidung, womit Kammerpräsident und
 Kammermehrheit den rabiaten Burden zu Leibe
 gingen. Es thut aber auch wirklich noch, der
 wachsenden Begriffsverwirrung, die in Frankreich
 schließlich die einfachsten Gebote des Geistes und
 der Vernunft zu überwinden droht, ein „bis hier-
 her und nicht weiter!“ zuzurufen. Was im Laufe
 der dritten Republik in dieser Hinsicht Alles mög-
 lich geworden ist, lehrt u. A. auch der eben vor-
 dem Schwurgericht des Seine-Departements abge-
 handelte Prozeß gegen den Redakteur Charney,
 Verfaßer des ganz offen den Anarchismus ver-
 herrlichenden „Solatententismus“, eines Nach-
 werks, dessen ausgeprochene Tendenz auf systema-
 tische Verführung aller moralischen Grundlagen
 der Armee hinausläuft. Und dabei ist der Ver-
 faßer dieses Pamphlets, der Alles bejubelt, woran
 das Herz eines ehrsüchtigen und patriotischen Soldaten
 hängt, keineswegs ein beliebiges manvais sujet,
 sondern ein ehemaliger Präfekturath, Beamter
 im Ministerium des Innern und gegenwärtiger
 Reserveoffizier (!) in der Artillerie. Der Mann
 wurde zu sechsmonatiger Gefängnisstrafe und
 seine Schmachtschrift zur Konfiskation und Ver-
 nichtung verurtheilt; für seine Gefinnungsgenossen
 innerhalb und außerhalb der Armee aber wird er
 zum „Martyrer“, und für die Fortsetzung des
 von ihm begonnenen Werkes werden Vektoren schon
 Sorge tragen. Es ist eben weiten Kreisen der
 französischen Nation das Verständnis für Geistes-
 freiheit und Ordnung so vollständig abhanden ge-
 kommen, daß sie mit ihren agentenartigen Ge-
 sinnungen noch geradezu paradiesisch. Nur rich-
 tungslose Strenge und eiserne Disziplin kann den
 Fortschritten des Uebels vielleicht noch Einhalt
 thun, vielleicht auch nicht.

Paris, 29. Januar. In der heutigen Sitzung
 der Vollversammlung der Deputiertenkammer theilte
 die Regierung mit, sie werde heute einen Ge-
 setzentwurf vorlegen, durch welchen der Zoll auf
 Getreide auf 7 Franks festgesetzt und der Zoll auf
 Mehl entsprechend erhöht wird. Die Vorgezeit
 für Getreide unter wöchentlich oder stündlichem Zoll-
 bezug wird auf ein Jahr beschränkt; für die

nur zeitweilig dort befindlichen Vorräthe für
 5 Prozent Zinsen zu bezahlen. Die Regierung
 ernannte eine Kommission zur Revision der ver-
 schiedenen Arten Mahlpunkte. Ebenso sollen die
 Einfuhrtarife einer Revision unterworfen
 werden.

Die Getreidezoll-Vorlage soll die Regierung
 ermächtigen, den Zoll sofort vom Tage der Ein-
 bringung der Vorlage ab zu erheben unter der
 Bedingung der Rückzahlung des Zolles im Falle
 der Ablehnung der Vorlage.

Der Senat nahm ohne Diskussion den Ge-
 setzentwurf an, durch welchen der Fortbestand
 der gemischten Gerichtshöfe in Egypten ver-
 längert wird.

Paris, 29. Januar. Als der Präsident
 Carnot heute Nachmittag zu der landwirthschaft-
 lichen Ausstellung im Industrie-Palais fuhr,
 rief demselben ein Individuum zu: „Es lebe
 die Kommune“ und wurde deswegen ver-
 haftet.

Italien.

Vifa, 29. Januar. Der Urheber der Mord-
 thaten in der Humbert-Kaserne, der Soldat Magri,
 ist in der Nähe der Stadt verhaftet worden.

Massa, 29. Januar. Das Kriegsgericht
 wird am Mittwoch seine Thätigkeit mit der Be-
 handlung gegen den Advokaten Molinari beginnen.
 Derselbe ist der Theilnahme an einer verbreche-
 rischen Gesellschaft und der Aufreizung zum
 Bürgerkriege angeklagt.

Großbritannien und Irland.

London, 28. Januar. Gestern fand in der
 Botschaft ein Festmahl zur Feier von Kaisers
 Geburtstag statt, wozu die Mitglieder der Bot-
 schaft und des deutschen Konsulats sowie die
 Spitzen der deutschen Kolonie Baron Schröder,
 Siemens, Meyer, Simon, Bunsen, Reinde und
 Pastor Schöll eingeladen waren. Da der Bot-
 schafter Graf Hagelst auf Anordnung des Arztes
 in Brighton blieb, präsidirte der Botschaftsrath
 Graf Wolff-Metternich. Er leitete den Trinkspruch
 auf den Kaiser mit sympathischer Bezugnahme
 auf die Abwesenheit des Botschafters ein und be-
 merkte: „Das Sie sich so zahlreich zum Kaiser-
 feste eingefunden, ist ein Beweis, daß die Liebe zur
 Heimat in der neuen Zeit geschwunden ist.
 Der heutige Kaisergeburtstag hat ganz besonders
 Bedeutung; denn, wie wir gesehen, hat sich die
 Waise zertheilt, die sich zwischen den Kaiser und
 seinen alten Rathgeber getheilt hatte. Wir füh-
 len, daß damit von jeder deutschen Brust eine Last
 gewälzt ist, und mit erneuerter Zuversicht können
 wir den Blick auf die Geschichte des Vaterlandes
 richten, die in den Händen des Kaisers und seiner
 Regierung liegt ruhen. In dieser Ueberzeugung
 bitte ich Sie, mit mir in das Hoch auf Se. Ma-
 jestät einzustimmen.“ Gegen Mitternacht begab
 sich ein Theil der Gäste nach dem German Al-
 leanum, wo Herr v. Ensthausen bei dem Bankett
 der Klubmitglieder den Rest führte.

London, 29. Januar. Ueberhaus. Die
 Unteranträge des Unterhauses zu denen des Ober-
 hauses, betreffend die Haftpflicht, wurden mit
 127 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Rußland.

Aus Petersburg, 27. Januar, wird der „Nat.-
 Ztg.“ geschrieben:
 „Ich schreibe diesen Brief noch voll von den
 Eindrücken des Tages, das ich gestern mitgemacht
 habe. Vor acht Tagen erhielt ich eine Einladung
 des deutschen Botschafters General von Werder:
 „Der deutsche Botschafter beehrt sich, Herrn H. J.
 zu Freitag, den 14./26. Januar, um 10 Uhr
 Abends ergebenst einzuladen.“ Gestern hatte nun
 der deutsche Botschafter ca. 200 Herren in seinem
 gastlichen Hause versammelt, empfing uns mit
 Händedruck nach der üblichen Vorstellung und es
 entwickelte sich ein zwangloses Beisammensein,
 der Botschafter ging in liebenswürdigster Weise
 von Gruppe zu Gruppe, ein Zigarettenhändler, aus
 Best vertrieben, konzertierte, und so herrschte die
 herzlichste Stimmung. Um 12 Uhr kam der
 bairische Gesandte Baron Gajler und man schritt
 zum Souper. Zwei riesige Buffets waren her-
 gerichtet und wir nahmen an kleinen Tischen zu
 ca. 10 Personen Platz, versorgten uns mit Spei-
 sen, Rothwein, Rheinwein, Champagner, fanden
 auf dem Tisch leere Flaschen, wurden sie sofort
 ergötzt. Kurz vor 12 Uhr erhob sich der Bot-
 schafter und sagte: „Morgen, am Geburtstage
 des Kaisers, werden zündende Reden und deren
 recht viele gehalten werden. Er freue sich, die
 deutsche Kolonie an diesem Vorabend auf deut-
 schem Boden zu begrüßen und bitte die Anwesen-
 den, ihr Glas zu erheben und auf das Wohl un-
 seres allerhöchsten Herrn und Kaisers zu leeren.“
 Das thaten wir und sangen die Nationalhymne.
 Kurz darauf wurden die sieben eingetroffenen
 Deputierten aus der Redaktion der „St. P. Deut-
 schen Zeitung“ mit Genehmigung des Botschafters
 über den Empfang des Fürsten Bismarck verlesen
 und mit folgendem Jubel begrüßt. Wir blieben
 bis ca. halb 2 Uhr zusammen und verabschiedeten
 uns dann dankend vom Botschafter. Es ist dieser
 Fall das erste Mal, daß ein Botschafter hier in
 so direkte Beziehung zur deutschen Kolonie tritt,
 wie ist etwas beherzigungswürdig. Es wurden
 früher nur die Vorstandsmitglieder der deutschen
 Kolonialvereine einmal im Jahre, einge-
 laden, nie aber ein so großer Theil der deutschen
 Kolonie.“

